

ausüben kann. Und dabei ist natürlich die Schule ein mächtiges Mittel. Trotz den klaren Bestimmungen über die Beibehaltung des deutschen Schulwesens greift jetzt die Regierung ein und fränkisiert das deutsche Schulwesen mit allen Mitteln, auch den unmoralischsten (durch direkte Konfiskation). Die französische Sprache wird in den deutschen Volksschulen eingeführt, unzulässige französische Schulen werden eröffnet, zu deren Besuch die deutschen Kinder mit erzieherischen Mitteln gezwungen werden. Dort wird freies Unterrichtsmaterial zur Verfügung gestellt, während dies in den deutschen Schulen verboten wird! Die Bevölkerung wird unter Verführungen und Trohungen gezwungen, ihre Kinder in die französischen Schulen zu schicken. So wurde z. B. einem Arbeiter mit Entlassung und Verlust seiner Wohnung gedroht, wenn er wegen seiner Kinder aus der französischen Schule zu nehmen! In Frankreich geschriebene Lehrbücher mit unzulässlichem Inhalt und verdrehten historischen Darstellungen werden den Schulen aufgedrungen. Als Leiter der Seminarsausbildung wurde ein französischer Schullehrer eingesetzt, um diese Ausbildung in französischer Sprache zu leiten. Ein Lehrer an einer Elementarschule, der in seiner Eigenschaft als Landtagsabgeordneter vordringlich im Landtag gegen die Franzosierungsmassnahmen protestierte, wurde als Lehrer schikaniert und auf einen schlechteren Posten versetzt. Am Saargebiet kämpfen jedoch die Bevölkerung und ihre Vertretung, der Landtag, gegen die ungesetzlichen Massnahmen der Regierung, und der Völkerverbund ist keineswegs in Unkenntnis über die Zustände.

Statt in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Friedensvertrages eine einheimische Gendarmerie einzuführen, hat Frankreich

eine unheimlich große Garnison französischer Truppen

von mehreren tausend Mann zum grossen Schaden des Gebietes ins Saarland geleitet. Dem Personal werden natürlich die besten Wohnungen angewiesen, und der Infolge der Verhältnisse große Wohnungsmangel wird geradezu katastrophal. Diese Frage stand ständig auf der Vorzugsliste des Völkerverbundes, aber Frankreich und seine Verbündeten haben die Lösung der Frage aus verschiedenen Gründen nicht verhindert. Der Hauptgrund scheint die Kohlenfrage zu sein. Man legt einen Kohlenschlag auf, der sich auf Milliarden beläuft, und damit einerseits seine Unabhängigkeit, andererseits den grossen Vorteil für das Gebiet hat, diesen Kohlenbergbau zu besitzen, die von Frankreich unterhalten wird! Die Frage wird von der ganzen Welt mit Aufmerksamkeit verfolgt.

Nachdem die Franzosen die Ausschützlosigkeit einsehen, die Saarbevölkerung für Frankreich zu gewinnen, und sie zu derselben Taktik übergegangen, die sie in den besetzten Gebieten anwenden: sie unterhalten die Separatisten. Statt der Lösung: „Das Saargebiet für Frankreich!“ ist man zu der Lösung:

„Das Saargebiet dem Saarvolk!“

übergegangen; der Ausgangspunkt dieser Vorschläge ist der „Saarbund“ und sein Organ, beide reichlich mit französischen Propagandamitteln unterstützt. Die Separatisten im Saargebiet sind natürlich moralisch nicht besser dastehend als ihre Verbündeten im Rheinland und in der Pfalz. Mit den von Frankreich zu diesem Zweck so reichlich angewandten Propagandamitteln können natürlich bei weitem während der letzten sorglosen Verhältnisse (die teilweise von den Franzosen absichtlich geschaffen wurden), zweideutige Individuen und schwache Charaktere gekauft werden. Sie können jedoch, ebensowenig wie ihre Kollegen im besetzten Gebiet, als Vertreter der deutschen Landesbevölkerung betrachtet werden.

Der beschränkte Raum eines Zeitungsartikels gestattet nicht, genauer auf alle Rechtsverletzungen und alles Unrecht einzugehen, die sich die Völkerverbundregierung im Saargebiet ausdenken kommen läßt, um dieses reiche deutsche Land bei der Abtretung 1918 den Franzosen in die Hände zu spielen. Die ganze Welt muß jedoch mit Aufmerksamkeit den Ereignissen folgen, und die englische Presse sowie das englische Parlament widmen der Angelegenheit ein lebhaftes Interesse. So haben im Parlament verschiedene scharfe Debatten stattgefunden, zuletzt am 28. März im Unterhaus und am 2. April im Oberhaus. Außer Balfour und Lord Balfour, die sich besonders scharf gegen die Saarverwaltung aussprachen, trat auch Lord Cecil auf. Er verurteilte in bestimmten Worten die Anwesenheit der französischen Garnison im Saargebiet und konnte nicht einsehen, weshalb diese nicht ebenso gut außerhalb der Grenzen des Gebietes gelegt werden konnte. Er erklärte offen, daß eine Abtretung der Saarbevölkerung 1918 für Frankreich unmöglich sei, schien jedoch gewisse Summen dafür zu haben, daß die Abtretung zugunsten der Beibehaltung des jetzigen Regimes ausfallen würde! Er hob ferner hervor, daß die Opposition von einer Minderheit ausgehe, die das jetzige Regime unmöglich machen wolle. Jedermann, der die Verhältnisse kennt, wisse, daß die Saarbevölkerung durch ihre Vertretung der Unterdrückung einig gegenübersteht (natürlich mit Ausnahme der oben genannten Separatisten).

Trotz der Bemühungen von Seiten der Vertreter Englands und Schwedens, die Prinzipien des Rechtes und der Gerechtigkeit im Völkerverbund geltend zu machen, herrscht dort immer noch die französische Partei. Auf dieses Verhältnis weist eine Mitteilung im „Daily Telegraph“, die in einem Telegramm der schwedischen Presse zugunsten ein scharfes Licht. Die Zeitung glaubt, daß es in allen Fragen des Ostens, Ozeans und Chinas zu einer Verhandlung zwischen Japan und Frankreich gekommen ist, und führt als Beweis dafür an, daß Japan, das sich früher im Völkerverbund stets dem englischen Standpunkte anschloß, sobald es europäische Fragen galt, auf der letzten Ratversammlung die französische Politik, speziell in der Saarfrage, unterstützte. So wird in dieser hohen Versammlung mit den Verhältnissen in Europa geschwätzt. Solange dieser Geist herrscht, kann der Völkerverbund das Vertrauen der Welt nicht gewinnen. Die Saarfrage wird, wenn sie nicht in Uebereinstimmung mit dem Rechtsbewußtsein der Welt gelöst wird, ein Nagel zum Sarg des Völkerverbundes werden.

Eine französische Darstellung.

Der Zufall läßt es, daß wir dem vorstehend wieder gegebenen schwedischen Urteil, deren Objektivität nicht anzufechten ist, die Uebersetzung eines französischen Artikels anfügen können, den der Außenminister Ernest Bauer in der französischen Zeitschrift „Le Monde“ veröffentlicht hat. Der Artikel ist insofern besonders interessant, weil er die Anknüpfungsbahnen Frankreichs und seine Durchdringungspolitik klar enthält. Die Schöntarberei und das Beharren, das Bestehen der Saarländer zum Deutschum als alldemokratische Sache abzurufen, richten sich nach dem obenstehenden neutralen Urteil von selbst.

Man hat jetzt erkannt, wie wertvoll für uns die französische Durchdringung des Saargebietes ist, eines Landes, das ein bedeutendes Abgabegeld darstellt und von einer vom Völkerverbund ernannten Regierungskommission verwaltet wird. Die Alldemokraten haben wiederholt diese Kommission angegriffen und versucht, sie in ihrer amtlichen und friedensstiftenden Rolle zu beeinträchtigen. Der Vorsitzende der Kommission ist ein Franzose; der frühere Präsident des Rhône-Departements, Staatsrat Roulet. Die hebräische Vorbildlichkeit unseres Landmannes hat sofort alle Stimmen für sich gewonnen, sowohl die unserer Landsleute, die sich jetzt in großer Zahl im Saargebiet niedergelassen haben, wie auch die der eigentlichen Saarbevölkerung, die begeistert ist über eine so lange und erfolgreiche Verwaltung. Seit der Befehung durch die Franzosen, die sich dauernd wohlwollend gegen die Bevölkerung — größtenteils Vergeltung und Metallarbeiter — gezeigt haben, hat sich im ganzen Bereich des Saargebietes ein starker Trieb zu intensiver Produktion und zur Ausfuhr nach Frankreich entwickelt. Die

Saarländer haben sich überzeugen können, daß die traurige Nachrede der Alldemokraten, wir seien weder organisiert noch bereit noch konsequent, Bluff und Lüge ist, gerade so wie alles, was die Deutschen während des Krieges ausgebreitet haben.

Drei Jahre lang hat der Kampf zwischen Paris und Branten dem Geschicksfaden starken Abdruck getan. Seit dem 1. Juni 1923 hat die Einführung unseres Geldes als allein gültige Währung eine seit langem ersehnte Einheitsfront geschaffen. Kein anderes Geld ist im Umlauf als der Franken, deren Rubelzeichen jenseits des Rheins zum Fort, die seitdem ihren Einfluss schwinden sahen. Bekanntlich gehen die französischen Einfuhrwaren im ganzen Saargebiet vollstreckt. Post, Telegraph und Telefon werden von

uns verwaltet. Die Saarländer nennen sich freiwillig „Einkaufs Frankfurter“. Vom 10. Januar 1925 an verbessert sich die Lage noch für uns, denn die Zollgrenzen werden an diesem Tage hinausgeschoben werden, die zollfreie Einfuhr deutscher Waren hört auf und diese unterliegen dann dem allgemeinen Zolltarif.

Es ist nun Sache unserer Landsleute, aus dieser Lage Nutzen zu ziehen. Sie werden im Saargebiet, zwei Schritte von Elsass, Vorbringen, eine arbeitssame und disziplinierte Bevölkerung, ein Gebiet mit großem Wohlstand und einem Geist wachsend, der auf Fortschritt gerichtet ist und den guten Willen hat, in diesem Einvernehmen mit denen zu leben, die ihnen nach dem Waffenstillstande zusammen mit dem Frieden eine weise und gerubige Verwaltung gebracht haben.

Der Kriegstreiber Iswolski.

Neue Enthüllungen über die wahren Kriegsschuldigen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)

Paris, 17. Nov. Wenn es heute noch eines Beweises bedarf, daß Poincaré's Politik an dem Ausbruch des Krieges die Schuld trägt, jene Politik, die einzig und allein darauf gerichtet war, die von den französischen Imperialisten gewünschte endgültige Auseinandersetzung mit Deutschland schematisch vorzubereiten, so liefern ihn heute die Tagelohnaufzeichnungen des ehemaligen französischen Botschafters in Petersburg, Louis, deren Veröffentlichung die „Europe“ ankündigt und von denen heute „Leuvre“ einige Auszüge bringt.

George Louis ist im Jahre 1913 von Poincaré abberufen worden, weil er die von diesem zusammen mit dem russischen Botschafter in Paris, Iswolski, inaugurierte Politik der alten Kriegsvorbereitungen am russischen Hofe nicht energisch genug unterstüzte. In einer Aufzeichnung vom 21. Mai 1912, die über ein Gespräch mit dem ehemaligen Außenminister Pichon berichtet, ist von der verhängnisvollen Rolle Iswolski's die Rede. — Eine Notiz vom 1. November 1914 gibt eine Unterredung mit dem ehemaligen französischen Botschafter in Berlin, Jules Cambon, wieder. Dieser macht auch Mitteilung von einer Konferenz Kaiser Wilhelms gelegentlich des Neujahrsempfanges vom 1. Januar 1912. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Man hat uns unser Abkommen — es handelt sich um das Maroff's und Rongosabkommen — zum Vorkurz gemacht. Ich bin überzeugt, in sechs Monaten wird man uns Fenikaler dafür errichten, daß wir es geschlossen und damit den Ausbruch eines Krieges verhindert haben.“

Cambon knüpft daran die Bemerkung, das sei das letzte Mal gewesen, das der Kaiser voll Vertrauen von der Zukunft gesprochen habe. Damals sei allerdings Poincaré noch nicht Präsident der Republik gewesen. Im Jahre 1918 habe in Berlin ein anderer Ton geherrscht. Damals habe der Kaiser wörtlich gesagt:

„Ich habe alles getan, um einen Zustand guten Einvernehmens zwischen Deutschland und Frankreich herbeizuführen. Nunmehr ist es aus damit.“

Er habe berichtet Cambon weiter, diese Äußerung nicht nach Paris telegraphiert, aber sie setze, daß Poincaré zu einem Teile die Schuld am Kriege trage. Auf eine in diesem Zusammenhang von Cambon gestellte Frage, ob der Krieg zu vermeiden gewesen wäre, antwortete Louis: Im Juli 1914 sei dies nicht der Fall gewesen, wohl aber wäre es möglich gewesen, wenn im Jahre 1912 die französische Regierung in anderen Händen gelegen hätte.

Poincaré, der sich der Unterstützung der Presse zu sichern verstanden habe, sei damals das Instrument Iswolski's gewesen, der zusammen mit Tittoni den Tripolis, und den Balkankrieg entfesselt hätte, aus dem der Weltkrieg entsprossen sei.

Aus einer zweiten Unterredung des ehemaligen Außenministers Pichon vom 14. Januar 1915 seien folgende Stellen wiedergegeben:

Pichon: Wenn Sie Botschafter in Petersburg und ich Außenminister geblieben wären, hätten wir wahrscheinlich keinen Krieg gehabt.

Von: Iswolski's; ich am Cui d'Orsay und Gallieres im Elise, und der Krieg wäre nicht ausgebrochen.

Pichon: Ihre beiden Nachfolger auf dem Botschafterposten in Petersburg waren gefährlich, sowohl Paléologue als auch Delcassé. Der erstere ganz besonders, denn er war es, der Rußland zum Kriege geritten hat. Er war es, der Rußland ständig gegen Deutschland aufstachelte. Die Engländer haben sich wiederholt darüber beklagt.

Von: In der Tat. Die Präzedenzfälle Poincaré's war verhängnisvoll.

Pichon: Seine Tätigkeit am Cui d'Orsay war es nicht minder.

Pichon erzählt in dieser Unterredung weiter, daß er Poincaré vier Monate lang gemieden habe, bis dieser ihn eines Tages habe rufen lassen und ihm die Frage vorgelegt habe, warum er nicht mehr ins Elise komme. Er, Pichon, habe geantwortet, daß er die Politik Poincaré's nicht billige und dieser sei darüber in große Erregung geraten.

Diese Aufzeichnungen sind dadurch bedeutsam, daß hier das französische Volk aus dem Munde seiner besten Diplomaten und Staatsmänner zum ersten Male die historische Vergangenheit erzählt, die so lange totgeschwiegen worden ist. Man wird unter diesen Umständen auf die Fortsetzung der angelegentlichsten Veröffentlichungen, sowie auf die Diskussion, die sie in Frankreich auslösen werden, gespannt sein.

Außer diesen hat „Leuvre“ noch drei andere Dokumente des ehemaligen französischen Botschafters Louis veröffentlicht. Die erste Veröffentlichung ist vom 14. Dezember 1914. Aus ihr geht hervor, daß im April 1913 Iswolski's in Petersburg angekündigt war, daß man über seine Abberufung diskutiere, und daß Delcassé in Petersburg und Poincaré in Paris sich dafür einsetzten, daß er Botschafter bleibe. Als Austausch habe Iswolski's Poincaré seine Aktionsmittel aller Art zur Verfügung gestellt. Die Vereinfachung dieser beiden Männer hat dahin geführt, so sagt den Notizen Louis zufolge Gerard, wofür wir gekommen sind, worauf Louis erwiderte: Haben Sie im englischen Versteck die Depesche von Buchanan gelesen, in der die Aufreizungen Paléologue's genannt sind?

Gerard erwiderte: Jawohl. Louis sagte: Sie haben bemerkt, daß man das in unserem Wortschatz bestritt, worauf Gerard erwiderte: Jawohl.

Die 2. Veröffentlichung, der Brief vom 28. Oktober 1910, gibt ein Urteil über Iswolski's von dem damaligen englischen Botschafter in Petersburg, Albert Rickson: Iswolski ist nie etwas vollkommen, mit der einzigen bekannten Ausnahme der Befestigung, daß die von dem deutschen Botschafter in der Affäre Serbiens unternommene Demarche seinen bedrohlichen Charakter gehabt habe.

Das 3. Schriftstück gibt eine Charakteristik Paléologue's. Sie ist am 21. Januar 1915 wiedergegeben worden. Er wach sagt: Betrachten Sie Paléologue, den wir von Paris verbannten; folgen Sie ihm mit den Augen, wenn er eintritt und Papiere mitbringt, wie er beinahe die Köpfe eines leuchtenden Dieners beugt, wie er seinen Körper krümmt, und die Hände nach dem Boden streckt.

Poincaré's Gegenoffensive.

(Nach Auszügen)

Paris, 17. November. Gavad veröffentlicht folgende Erklärung Poincaré's aus Straßburg: Herr Poincaré hätte uns anzeigen, daß er morgen der Presse Briefe von Pichon und Jules Cambon unterbreiten will, die die Neuberungen, die ihm durch die Veröffentlichungen der Zeitschrift „Europe“ in den Mund gelegt werden, dementieren. (W. T. B.)

Lenins Reise durch Deutschland im Jahre 1917.

Eine Schilderung Radeks.

Carl Radek veröffentlicht in der „Moskauer Pravda“ folgende Schilderung des Verlaufes der bekannten Heimreise Lenins und mehrerer exilierter Genossen, worunter sich auch Radek befand, durch Deutschland im Jahre 1917. Die russischen Exilierten waren damals aus der Schweiz bei der deutschen Regierung um die offizielle Bewilligung der Durchreise durch Deutschland eingekommen, um die Gefahren einer geheimen Passierung Deutschlands zu vermeiden. Sie verhandelten mit dem deutschen Gesandten in Bern, Baron Romberg, durch Vermittlung des schweizerischen sozialistischen Abgeordneten Grimm. Grimm sagte den Exilierten, daß Romberg über die von ihnen gemachten Bedingungen dieser Durchreise erkrankt war. „Es ist so“, sagte Romberg, „als ob ich um die Erlaubnis anwünde, durch Rußland zu passieren, während es ja doch Herr Ulanow Lenin ist, der seinen Weg durch Deutschland zu nehmen trachtet!“ Gleichwohl befürwortete Romberg das Ansuchen Lenins nach Berlin, und die deutsche Regierung bewilligte das Verlangen. Die Reisenden sollten Exterritorialität genießen, aber es wurde die Bedingung gestellt, daß niemand mit ihnen während der Reise Verhandlungen pflegen dürfe. Bald wurde die Intervention Grimm's beiseite gelassen, und Lenin behandelte auf seinen Bedingungen. „Er wäre imstande“, bemerkte Grimm, „uns in Gott weis was welche Konversationen mit Deutschland über die Friedensfrage zu verwickeln!“ Auf der Reise selbst wäre mehr als einer der Bolschewiken darunter auch Radek, froh gewesen, aus dem Zuge zu entfliehen und in Deutschland zu bleiben, aber Lenin duldet dies nicht.

Radek erzählt nun weiter: „Wir setzten Lenin trotz seines Protestes in ein separates Coupé, damit er in Frieden arbeiten könne. Aber es war ein zweifelhafter Frieden. Wir waren unser vier im benachbarten Coupé. Sofarow, dessen Frau Olga, Ermand und ich, und obgleich die Frage des Opportunismus uns noch nicht in Meinungsverchiedenheiten gebracht hatte, wie es später geschah, machten wir einen erheblichen Arm. Gegen Abend kam Lenin in unser Abteil und nahm Frau Olga und mich, die er für die Gesprächspartner hielt, in sein Coupé, aber tatsächlich traf nur mich allein die Hauptschuld an dem Arm. In Karlsruhe teilte man Lenin mit, daß ein Abgesandter der deutschen Gewerkschaften den Zug bestiegen hatte, um die russischen Genossen zu begrüßen. Lenin ließ ihnen sagen, sie mögen sich zum Teufel scheren, und wieserte sie, sie zu empfangen. Da Radek ein österröschischer Untertan war und seine Genossen befürchteten, er könnte als Detektor denunziert werden, so benutzte er die Schwierigkeiten mit den preussischen Behörden bereitet hätte, verkehrte sie ihn in einen Gepäckwagen, bis sich der Zug in Bewegung setzte. „In Frankfurt“, so berichtet Radek weiter, „gab es einen langen Aufenthalt. Die Station war für das Publikum abgeperrt, aber plötzlich wurde der Wachposten durchbrochen, und deutsche Soldaten liefen zu unserer Zuge heran. Sie hatten von der Durchreise der russischen Revolutionäre gehört, die sich für den Frieden einsetzten. Jeder Soldat trug einen Krug Bier

in der Hand. Sie fragten uns aufgeregt, ob es Frieden geben werde und wann? Diese Manifestation lagte uns mehr, als nach dem Geschmade der deutschen Regierung gewesen sein mag.“

In Stockholm bestanden die Reisegefährten Lenin's darauf, daß er sich ankündigen ließe. Er trug mächtige Hochgebirgsstiefel mit ungehörigen Nägeln beschlagen. Wir erklärten ihm, daß, wenn er sie dazu benutzen würde, das schändlich: Straßensplatter der Bourgeoisie zu zerbrechen, er es nicht nötig haben werde, sie in Petrograd zu tragen, wo kaum irgendwelches Straßensplatter zum Zerbrechen übrig geblieben sei. Ich ging mit Lenin neue Stiefel kaufen und bat ihn, sich bei dieser Gelegenheit auch neue Kleider anzuschaffen. Er protestierte, solange er nur konnte, und fragte uns, ob wir meinten, daß er in Petrograd ein Kleidergeschäft eröffnen wolle, aber schließlich gab er nach. Er kaufte ein Paar Bekleidungsstücke, die ich an ihm später noch in Petrograd sah. Sie zeigten damals schon die Spuren der Abnutzung während der Revolution.“

Moskaus Arbeit in Italien.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)

Zürich, 16. Nov. Der „Tagesanzeiger“ meldet aus Mailand: Das Gepäck eines nach Rom reisenden hohen Sowjetrussen, Mitglied's der russischen Botschaft in Rom, wurde durch ein Versehen (?) in Mailand geöffnet. Es bestand ausschließlich aus großen Mengen Revolutionärschriften für die italienische Arbeiterkassette. Der Präsekt hat die Weiterleitung des Gepäcks inhibiert und der Regierung in Rom telegraphisch Bericht erstattet.

Zunehmende Erregung in Italien.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)

Zürich, 17. Nov. Der „Tagesanzeiger“ meldet: Aus Oberitalien liegen neue Berichte vor über die Ausbreitung der antifaschistischen Demonstrationen. Am Sonntag fanden in Turin, Genua und Mailand Kundgebungen des Proletariats für den Ausbruch von Italien an Sowjetland statt, die überaus zu schmerzlichen Zusammenstößen geführt haben. Aus Turin werden über 20 Verletzte, aus Mailand ebenso sowie aus Genua 2 Tote und fast 40 Verletzte gemeldet. Die Unruhen in Vola haben sich wiederholt. Die Faschisten haben hier am Sonntag sämtliche sozialistische Versammlungen mit Waffengewalt gesprengt.

Der Rückzug der Türken aus Mossul.

Konstantinopel, 17. Nov. Die türkische Regierung hat dem englischen Vertreter in Konstantinopel bekanntgegeben, daß die türkischen Truppen Vesehi haben, die kürzlich besetzten Distrikte des Bezirkes von Mossul zu räumen und sich auf die durch das englisch-türkische Abkommen von Brüssel vorgeschriebene Linie zurückzuziehen. (W. T. B.)